

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	01.12.1999
von:	16.00 Uhr
bis:	19.15 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute - bis 17.15 Uhr, TOP 12
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter - als Vorsitzender zu TOP 6 öff. T.
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schneider, Manfred - für Stv Fries, Traute ab 17.15
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer in im nichtöffentlichen Teil:

Stv Katz, Reinhilde

IV. Vom Personalrat:

VA Bernshausen

V. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune

Städt. OVR Kühn
Dipl.-Ing. Rohr
Städt. VR Sondermann
StAR Dorsch
VA Karst
StAR Münker - als Schriftführerin

Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses kommen überein, die Tages-ordnung wie folgt zu ändern:

Öffentlicher Teil:

Die Punkte 10, 11, 15 und 16 werden abgesetzt, da die Fachausschüsse noch nicht abschließend beraten haben.

Die Punkte 17 bis 19 werden ergänzt.

Nichtöffentlicher Teil:

Die Punkte 11 und 12 werden ergänzt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Kirchhöfer bestimmt.

2. HFA 01.12.1999

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.11.1999

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

2. HFA 01.12.1999

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. HFA 01.12.1999

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

2. HFA 01.12.1999

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

5.1 Umgestaltung von Stadtplätzen

Anregung gemäß § 24 GO NW

- des Deutschen Frauenrings e. V., Ortsring Siegen, vom 23.07.1999,
- der Interessen-Gemeinschaft Poststraße vom 30.07.1999,

- der Interessen-Gemeinschaft Löhrstraße vom 30.07.1999 und
- des BUND Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein vom 02.11.1999

Vorlagenr. 80/99 - Vorlage vom 18.11.1999

Herr Boller kritisiert die lange Bearbeitungszeit, zumal die Stellungnahme der Verwaltung inhaltlich keine neuen Vorschläge beinhaltet. Wenn diese Stellungnahme, wie vorgeschlagen bestätigt wird, ist eine Überweisung an die Fachausschüsse unnötig. Daher spricht er sich dafür aus, den ersten Halbsatz des Beschlussvorschlages zu streichen. Er begrüßt das Angebot des BUND, einen renommierten Landschaftsarchitekten zu beteiligen und somit auch aus dem Blickwinkel Außenstehender Vorschläge für die Grüngestaltung in der Innenstadt zu erhalten.

Herr Brune weist die Kritik zurück und betont, dass die Vorlage die Komplexität der Problematik widerspiegelt und macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung die Anregungen und Hinweise aus der Öffentlichkeit aufgegriffen hat. Anzumerken ist jedoch, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligungen die Möglichkeit bestand, im Vorfeld Vorschläge einzubringen. Die Anregung des BUND, einen unabhängigen Architekten einzubinden, sollte in die Diskussion in den Fachausschüssen einfließen.

Auch Herr Kirchhöfer macht deutlich, dass man sehr differenzierte Vorstellungen über die Gestaltung von Plätzen haben kann. Aus der Kritik der Öffentlichkeit kann aber nicht geschlossen werden, dass sich die politischen Gremien nicht mit diesen Fragen befasst haben.

Herr Siebel schließt sich seinem Vorredner an und weist darauf hin, dass sowohl in den politischen Gremien als auch bei den Bürgerbeteiligungen die Möglichkeit gegeben war, Anregungen und Bedenken vorzubringen. Es kann nicht angehen, dass abgeschlossene Maßnahmen dann im Nachhinein wieder zur Diskussion gestellt werden. Er regt jedoch an, Projekte in der Bürgerbeteiligung plastischer darzustellen und eine intensive Diskussion anzustoßen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und überweist die Angelegenheit zur Behandlung in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie sowie zur abschließenden Entscheidung in den Bauausschuss.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. HFA 01.12.1999

5.2 Ampelschaltungen: Dauer der Grünphasen für Fußgänger
- Anregung gemäß § 24 GO NW der STATT Partei vom 09.11.1999

Vorlagenr. 81/99 - Vorlage vom 17.11.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Eingabe für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. HFA 01.12.1999

6. Aufwandsentschädigung für den hauptamtlichen Bürgermeister

Vorlagenr. 77/99 - Vorlage vom 26.11.1999

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt der Bürgermeister an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Herr Mues.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Der Bürgermeister erhält ab 01. Oktober 2000 eine Aufwandsentschädigung gemäß § 5 Eingruppierungsverordnung in Höhe von 600,00 DM

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. HFA 01.12.1999

7. Schließung des Hauses der Jugend
- Verlagerung der Musikwerkstatt

Vorlagenr. 75/99 - Vorlage vom 10.11.1999

Die SPD-Fraktion unterstützt den Verwaltungsvorschlag, so Herr Kirchhöfer, und hofft, dass bei gegenseitiger Rücksichtnahme auch Akzeptanz durch die Nachbarschaft erzielt werden kann. Er möchte wissen, inwieweit die Fragen betr. die Zuschussgewährung für die Umgestaltung des Bertramsplatzes aus Städtebau-förderungsmitteln und die Errichtung der Containeranlage geklärt sind.

Herr Kühn erläutert, dass der Grunderwerb für diesen Bereich gefördert wurde mit der Maßgabe, ein förderfähiges Nutzungskonzept vorzulegen. Seither wurden verschiedene Überlegungen angestellt und Förderanträge erarbeitet. Im Rahmen der aktuellen Planung, das ehem. Hoesch-Gebäude einer neuen Nutzung zuzuführen, sind unter Einbindung der Initiative Blue-Box entsprechende Fördertatbestände zu entwickeln.

Die CDU-Fraktion sieht sich nicht in der Lage heute eine Entscheidung zu treffen, so Herr Schulte, da aus den vorliegenden Unterlagen weder die Kosten für das gesamte Projekt, noch der auf die Musikwerkstatt entfallende Teil und die Fördermöglichkeiten hervorgehen.

Er bemängelt, dass die Aufträge des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.04.1999 bisher nicht entsprechend abgearbeitet sondern, vordergründig jugendpolitische Interessen verfolgt wurden. Die CDU-Fraktion vermisst jedoch ein städtebauliches Gesamtkonzept für diesen Bereich und möchte nicht mit der Verlagerung der Musikwerkstatt in das ehem. Hoesch-Gebäude eine Entscheidung über die zukünftige Nutzung des Bereiches vorwegnehmen. Daher sollten weitere Alternativen für die Unterbringung der Musikwerkstatt geprüft, Zuschussfragen geklärt und eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass die Verlagerung der Musikwerkstatt aufgrund der Veräußerung des bisherigen Standortes erforderlich und nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung des Areals Bertramsplatz zu betrachten ist. Das Hoesch-Gebäude ist aber u. a. durch seine zentrale Lage eine

ideale Übergangslösung bis zur entgeltigen Entscheidung über einen neuen Standort für das Haus der Jugend. Darüber hinaus besteht im Gegensatz zu allen anderen untersuchten Alternativen die Möglichkeit, die Investitionen für eine provisorische Unterbringung der Musikwerkstatt zu erhalten.

Herr Boller ist der Meinung, dass die Schließung des Hauses der Jugend und die künftige Nutzung des Areals Bertramsplatz eng miteinander verbunden sind. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte bereits bei der Veräußerung des jetzigen Standortes der Einrichtung Bedenken geäußert und auf die Notwendigkeit einer anderweitigen Unterbringung hingewiesen. Nunmehr ist dringender Handlungsbedarf gegeben, da auch nur eine zeitweise Schließung verhindert werden muss.

Herr Siebel hält es für wenig sinnvoll, die Entscheidung zu verschieben. Dennoch ist festzustellen, dass der Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses nicht ordnungsgemäß ausgeführt wurde.

Herr Dr. Holzäpfel schlägt vor, die Standorte VHS-Bunker, ehem. Hammerhütter Schule und Berufsschule für Technik zusätzlich zu untersuchen.

Herr Schulte macht abschließend deutlich, dass die CDU-Fraktion weder das Haus der Jugend noch die Musikwerkstatt in Frage stellen will aber eine Diskussion wünscht, die alle Belange erfasst. Zudem ist nicht geklärt, ob eine Verlagerung an einen anderen Standort nicht kostengünstiger möglich ist. Er beantragt zur Geschäftsordnung Übergang zur Tagesordnung.

Beschluss (über den Geschäftsordnungsantrag):

Übergang zur Tagesordnung

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

2. HFA 01.12.1999

8. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 1999

Vorlagenr. 83/99 - Vorlage vom 15.11.1999

Protokollanmerkung:

Verwaltungsseitig wird auf die Frage von Herrn Mues nachgetragen, dass Herr Ulrich Neeb als Privatperson im Vorstand der Wohnungsgenossenschaft Hüttental e. G. vertreten ist.

Fazit:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Beteiligungsbericht 1999 zur Kenntnis.

2. HFA 01.12.1999

9. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß § 16 Laden-schlussgesetz für das Gebiet der Stadt Siegen (Bezirk der Stadt Siegen (alt) in den Grenzen vom 31.12.1974)
hier:
Verlängerte Ladenöffnungszeiten am Samstag, den 08.01.2000, aus Anlass des „Neujahrs-Empfangs des Siegener Einzelhandels in Siegen-Mitte“

Vorlagenr. 105/99 - Vorlage vom 17.11.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördliche Verordnung betreffen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag, den 08.01.2000, aus Anlass des „Neujahrs-Empfangs des Siegener Einzelhandels in Siegen-Mitte“ zu erlassen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen)

2. HFA 01.12.1999

10. I. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen- Eiserne
II. Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

Vorlagenr. 49/99

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

2. HFA 01.12.1999

11. **Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“ im Stadtteil Siegen-Eisern;
hier: Anordnung der Umlegung**

Vorlagenr. 63/99

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

2. HFA 01.12.1999

12. **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 „Erweiterung Siegerlandzentrum“ im Stadtteil Weidenau;
hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der Anregungen
- Beschluss der Bebauungsplanänderung als Satzung

Vorlagenr. 71/99 - Vorlage vom 16.11.1999

Herr Kühn berichtet in diesem Zusammenhang, dass zwischenzeitlich von der Interessengemeinschaft Einkaufszentrum signalisiert wurde, dass bis auf sechs Stellplätze alle Einverständniserklärungen als Voraussetzung für die Parkraumbewirtschaftung vorliegen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden, den Trägern öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft keine Anregungen vorgebracht wurden.
- 1.2 Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 "Erweiterung Siegerlandzentrum" auf Seite 5 - Geräusche gewerblicher Anlagen - den Abs. 3 um nachstehenden Halbsatz zu ergänzen:
- "..., so dass auch die Verträglichkeit dieser gewerblichen Emissionen auf die Gebäude Bismarckstraße 1 - 5 und Münkershütten 1 - 5 gewährleistet ist."
- 1.3 Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 "Erweiterung Siegerlandzentrum" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung.

1.4 Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 "Erweiterung Siegerlandzentrum" (Anlage 2).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. HFA 01.12.1999

13. Neue Mitte Eiserfeld

Vorlagenr. 95/99 - Vorlage vom 18.11.1999

Herr Dreisbach weist darauf hin, dass von Vertretern der Parteien, des Eiserfelder Einzelhandels und der Bürger die Planungen für die Umgestaltung der Ortsmitte Eiserfeld gemeinsam erarbeitet wurden und wirbt dafür, diese auch seitens des Rates und der Verwaltung zu unterstützen.

Herr Siebel hält es für erforderlich, im weiteren Planungsprozess den Umfang der neuen Einzelhandelsflächen vor dem Hintergrund zu beachten, dass ohnehin ein Überhang besteht und weitere Schließungen vermieden werden sollten.

Herr Kirchhöfer begrüßt die Initiative, gibt aber auch zu bedenken, dass der Bedarf an Einzelhandelsflächen anhand des Gutachtens geprüft werden muss. Er wirft die Frage auf, inwieweit die Öffentlichkeit vor der Fortsetzung der Planungen beteiligt werden soll.

Herr Walter macht deutlich, dass die Planungen insbesondere für den Einzelhandel in Eiserfeld ein wichtiges Signal geben.

Herr Dreisbach beantragt, die Planungen im Rahmen einer Bürgerversammlung der Öffentlichkeit vorzustellen.

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Haupt- und Finanzausschuss - als Planungsausschuss nach § 61 GO NW - beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

- die „Visionen“ des Arbeitskreises zur Ortskerngestaltung in Eiserfeld zu überprüfen und ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen. Private Beteiligungen an der Planung und Realisierung sind anzustreben.
- die Planung der Öffentlichkeit vorzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. HFA 01.12.1999

14. Wegeeinziehung in der Stadt Siegen hier:

Einziehung des Endstückes des von der Straße „Am Eichenhang“ abzweigenden Stichweges (ehem. Friedrich-Reusch-Weg)

Vorlagenr. 76/99 - Vorlage vom 13.08.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 01.08.1983 (GV NW S. 306) - in der z. Z. geltenden Fassung - die Einziehung des Endstückes des von der Straße "Am Eichenhang" abzweigenden Stichweges (ehem. Friedrich-Reusch-Weg) beginnend ab der südlichen Grenze des Flurstückes 549 bis zum Ende.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. HFA 01.12.1999

15. Straßenreinigung in der Stadt Siegen
I. Straßenreinigungskonzept
II. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von
Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs-
und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998;
hier: 6. Änderungssatzung

Vorlagenr. 51/99

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

2. HFA 01.12.1999

16. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 5.
Änderungssatzung vom 21.12.1998;
hier: 6. Änderungssatzung

Vorlagenr. 52/99

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

2. HFA 01.12.1999

17. Neuregelung der Zuwendungen an die Fraktionen

Vorlagenr. 150/99 - Vorlage vom 26.11.1999

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, so Herr Boller, dass für alle Fraktionen ein Grundaufwand in einer Größenordnung von einer Stelle besteht und eine Differenzierung zwischen „kleinen“ und „großen“ Fraktionen in der dargestellten Form nicht realistisch ist. Er bemängelt, dass eine Umfrage zum Geschäftsaufwand offensichtlich nicht zur Neufestlegung herangezogen wurde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Neuregelung der Zuwendungen an die Fraktionen ab 01.10.1999 entsprechend folgendem Verteilungsmodus:

- a) Der Sockelbetrag ist gleich dem Aufwand für eine Vollzeitkraft nach Vergütungsgruppe **VI b BAT** (Grundgehalt Endstufe, Ortszuschlag für Verheiratete, Tarifizulage, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld sowie Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung)

Verteilungsmodus	
Fraktionsstärke	Faktor
bis 5 Ratsmitglieder	0,5
6 bis 10 Ratsmitglieder	0,7
11 bis 15 Ratsmitglieder	0,9
16 bis 20 Ratsmitglieder	1,1
21 bis 25 Ratsmitglieder	1,3
über 25 Ratsmitglieder	1,5

- b) Jede Fraktion erhält je Ratsmitglied einen Betrag von 60,00 DM monatlich, mindestens aber 500,00 DM pro Monat.
- c) Die bisherige Regelung zu den Sachleistungen bleibt unberührt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. HFA 01.12.1999

18. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 16. Dezember 1999;
hier:
Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2000

Vorlagenr. 151/99 - Vorlage vom 23.11.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 16.12.1999 zum Tagesordnungspunkt 2 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2000" **keine Weisung** nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. HFA 01.12.1999

19. I. 34. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Weidenau
II. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen“ im Stadtteil Weidenau

Vorlagenr. 153/99 - Vorlage vom 15.11.1999

Beschlussvorschlag:

- 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden und aus der Bürgerschaft keine Anregungen vorgebracht wurden.
- 1.2 Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange (TÖB) wird wie folgt beschlossen:
- 1.2.1 Das Schreiben der IHK Siegen wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2.2 Das Schreiben des Landesoberbergamtes NW, Dortmund, wird zur Kenntnis genommen. Der redaktionelle Fehler wird im Erläuterungsbericht und in der Begründung berichtigt.
- 1.2.3 Das Schreiben der Standortverwaltung Siegen, Wehrbereichsverwaltung, wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2.4 Die Hinweise des Westfälischen Straßenbauamtes Siegen werden zur Kenntnis genommen.
- 1.2.5 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde bezüglich Ausgleichsbedarf / Eingriffsbilanzierung werden berücksichtigt. In der Begründung werden die Tabellen auf Seite 9 und 10 berichtigt.
- 1.2.6 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" gem. § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer sowie der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der RWE Energie wird so erweitert, dass es auf der ganzen Länge der südlichen Grenze des Flurstückes

405 unmittelbar angrenzt.

1.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.3.1 die 34. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungs-bericht laut Anlage 3 zur Vorlage;
- 1.3.2 den als Anlage 5 zur Vorlage beigefügten Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" mit dem Vorhabenträger - Gemeinnützige Gesellschaft für Innovation und Transfer an der Universität - Gesamt-hochschule Siegen mbH (GIT) - abzuschließen;
- 1.3.3 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
- 1.3.4 die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehr-zweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" laut Anlage 4 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. HFA 01.12.1999